

Datenschutzinformationen gemäß Art. 13, 14 DSGVO im Zusammenhang mit der Öffentlichkeitsbeteiligung im Planfeststellungsverfahren nach § 43 ff. Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) i.V.m. Art. 73 f., 27a ff. Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz (BayVwVfG)	
1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen	Verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer Daten ist die Regierung der Oberpfalz Emmeramsplatz 8 93047 Regensburg Telefon + 49 941 5680-0 poststelle@reg-opf.bayern.de
2. Kontaktdaten der/des behördlichen Datenschutzbeauftragten	Unsere Datenschutzbeauftragte /Unsere Datenschutzbeauftragten erreichen Sie wie folgt: Regierung der Oberpfalz Emmeramsplatz 8 93047 Regensburg Telefon +49 (941) 5680-0 datenschutz@reg-opf.bayern.de
3. Betroffenenrechte	Nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) stehen Ihnen folgende Rechte zu: • Sie können Auskunft verlangen, ob und ggf. welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen verarbeiten und erhalten weitere mit der Verarbeitung zusammenhängende Informationen (Art. 15 DSGVO). Bitte beachten Sie, dass dieses Auskunftsrecht in bestimmten Fällen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein kann. • Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). • Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten oder die Einschränkung ihrer Verarbeitung verlangen (Art. 17 und 18 DSGVO). Das Recht auf Löschung nach Art. 17 Abs. 1 und 2 DSGVO besteht jedoch unter anderem dann nicht, wenn die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Art. 17 Abs. 3 Buchst. b DSGVO). • Die Verarbeitung erfolgt zur Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe (Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 Buchst. e DSGVO, s.a. Ziffer 6), daher haben Sie das Recht, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer Daten Widerspruch einzulegen, wenn Sie hierfür Gründe haben, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben (Art. 21 Abs. 1 Satz 1 DSGVO). Sollten Sie von Ihren Rechten Gebrauch machen, prüfen wir, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weitere Einschränkungen, Modifikationen und gegebenenfalls Ausschlüsse der vorgenannten Rechte können sich aus der Datenschutz-Grundverordnung oder nationalen Rechtsvorschriften ergeben.

4. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde	Ihnen steht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz zu. Diesen können Sie unter folgenden Kontaktdaten erreichen: Postanschrift: Postfach 22 12 19, 80502 München Hausanschrift: Wagmüllerstraße 18, 80538 München Telefon: +49 89 212672-0 Telefax: +49 89 217672-50 Kontaktformular: https://www.datenschutz-bayern.de/service/complaint.html
5. Zwecke der Datenverarbeitung	Durchführung des Planfeststellungsverfahrens mit Anhörungsverfahren nach dem EnWG, Beurteilung von Betroffenheiten durch das Vorhaben
6. Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung	Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 Buchst. e DSGVO i.V.m. Art. 4 Abs. 1, Abs. 2 BayDSG, §§ 43 – 43d EnWG i.V.m. Art. 72, 73 ff. u. 27a ff. BayVwVfG
7. Kategorien der personenbezogenen Daten, soweit der betroffenen Person noch nicht bekannt	Zusätzlich zu den von Ihnen angegebenen Daten verarbeiten wir ggf. folgende personenbezogene Daten von Ihnen: • Name, Vorname • Anschrift • E-Mail-Adresse • Rufnummer • Geburtsdatum/Alter • Eigentums-/Besitzverhältnisse
8. Quellen personenbezogener Daten, die nicht bei der betroffenen Person erhoben werden bzw. wurden	• Vorhabenträger • Amtsgericht/Grundbuchamt (ALKIS-Daten) • Gemeinden • Landratsämter • Verfahrensbeteiligte Fachbehörden (wie Amt für ländliche Entwicklung, Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Wasserwirtschaftsämter, u.a.) • Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung/BayernAtlas plus • Einwendende • Handelsregister; gemeinsames Registerportal der Länder https://www.handelsregister.de/rp_web/welcome.xhtml
9. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten	• Vorhabenträger • Beauftragte Büros des Vorhabenträgers • IT-Dienstleistungszentrum des Freistaats Bayern (IT-DLZ) • Ggf. Gemeinden, Landratsämtern, Fachbehörden, Grundbuchamt
10. Übermittlungen von personenbezogenen Daten an ein Drittland oder an eine internationale Organisation	Es findet keine Übermittlung an Drittländer oder an eine internationale Organisation statt.
11. Ggfs. Widerrufsrecht bei Einwilligungen	Sollten Sie eine Einwilligung für die Datenverarbeitung erteilt haben, können Sie diese jederzeit widerrufen. Hieraus entstehen Ihnen keine Nachteile. Der Widerruf kann gegenüber der zuständigen Behörde unter Ziffer 1 formlos erklärt werden. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund Ihrer Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung wird dadurch nicht berührt. Zu der nicht bestehenden Pflicht für die Bereitstellung der Daten siehe Ziffer 13.
12. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten	Die personenbezogenen Daten werden so lange gespeichert, wie dies zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben erforderlich ist. Spätestens alle 10 Jahre werden gem. 5.1 Aussonderungsbekanntmachung die Unterla-

	gen in Papierform auf ihre weiteres Speicherbedürfnis überprüft. Spätestens nach 30 Jahren werden die Unterlagen den staatlichen Archiven angeboten oder bei Nichtannahme durch die Archive datenschutzkonform vernichtet (6.3 und 14.1 Aussonderungsbekanntmachung). Bei Unterlagen in digitaler Form beträgt die Aufbewahrungszeit 80 Jahre.
13. Pflicht/Keine Pflicht zur Bereitstellung der Daten	Wenn Sie Ihrerseits Angaben zu Ihren personenbezogenen Daten machen, erfolgt die Angabe freiwillig. Sofern Sie diese Daten nicht bereitstellen, kann dies allerdings zur Folge haben, dass Sie nicht mehr am weiteren Verfahren teilnehmen können. Ggf. wird Ihr Vorbringen insofern im Verfahren eingestellt, als dass es sich allgemein auf das Vorhaben und die Unterlagen bezieht.